

Mitteilung des Senats vom 25. August 2026

Zwischenbericht: Eckpunkte des Zweiten Landesaktionsplans zur Umsetzung der Istanbul-Konvention im Land Bremen

Der Senat übermittelt der Bürgerschaft (Landtag) den Zwischenbericht zu den Eckpunkten für den zweiten Landesaktionsplan (LAP) zur Umsetzung der Istanbul-Konvention mit der Bitte um Kenntnisnahme.

Der Zwischenbericht stellt die Ergebnisse des zivilgesellschaftlichen Beteiligungsprozesses zur Erarbeitung des Landesaktionsplans II dar und beschreibt die Eckpunkte für den LAP II.

Der Abschlussbericht zum ersten „Bremer Landesaktionsplan zur Umsetzung der Istanbul-Konvention – Frauen und Kinder vor Gewalt schützen“ wurde am 3. März 2026 vom Senat beschlossen und an die Bürgerschaft weitergeleitet. Der Senat hat die Senatorin für Gesundheit, Frauen und Verbraucherschutz beauftragt, bis Ende 2026 einen zweiten Landesaktionsplan zur Umsetzung der Istanbul-Konvention für das Land Bremen vorzulegen.

Fortzuschreibende Maßnahmen für den LAP II (ab 2027)

Maßnahme LAP I	Titel	Kurzbeschreibung und Weiterentwicklung	Federführendes Ressort	Finanzielle Mittel 2026
1	Dauerhafte Einrichtung Landeskoordinierungsstelle (LKS) zur Umsetzung der Istanbul-Konvention (2 VZÄ)	Mit der dauerhaften Einrichtung der LKS wird ein fortlaufendes Monitoring des LAPs und eine strukturierte Berichterstattung zur Umsetzung der Istanbul-Konvention sichergestellt. Zudem verantwortet und koordiniert die LKS die Umsetzung einzelner Maßnahmen sowie die ressortübergreifende Zusammenarbeit.	SGFV	
2	Öffentlichkeitsarbeit/Website, Runde Tische, Fachtage, überregionale Vernetzung, Sicherung E-Learning-Angebot		SGFV	20.000
3	Der Betroffenenbeirat zur Einbeziehung der Expertise und Erfahrung von Gewaltbetroffenen wurde im Oktober 2021 eingerichtet. Ziel ist es, den Betroffenenbeirat zu verstetigen und eine dauerhafte Finanzierung sicherzustellen.	Der Bremer Betroffenenbeirat wurde im November 2025 neu berufen und verstetigt. Er begleitet die Umsetzung der Istanbul-Konvention in Bremen strukturiert.	SGFV	30.000
18	Ausbildung von Schüler:innen (der 9. Klassen) in Bremerhaven zu Medienscouts für das Thema digitale Selbstverteidigung, die als Multiplikator:innen fungieren und mit Unterstützung Projekte an ihrer Schule durchführen können.	Das Projekt „WTF – Digitale Selbstverteidigung“ soll an Bremerhavener Schulen fortgeführt und weiterentwickelt werden. Durch Workshops mit Schülerinnen* sowie Fortbildungen für pädagogische Fachkräfte werden Medienkompetenz, Schutzstrategien und Handlungssicherheit im Umgang mit digitaler Gewalt gestärkt.	Magistrat Bremerhaven	55.000
20	Das „StoP – Stadtteile ohne Partnergewalt“ als Pilotprojekt zur Förderung von	Die StOP©-Projekte in Bremen und Bremerhaven sollen neu aufgestellt werden und eine langfristige Umsetzung sichergestellt werden.	SGFV	80.000

	Veröffentlichungs- und Interventionsbereitschaft in der Nachbarschaften durchführen (Bremen und Bremerhaven).			
23	„Schule gegen sexuelle Gewalt“ zielt auf die Entwicklung schulspezifischer Schutzkonzepte gegen sexuelle Gewalt. Umsetzung durch den Besuch zweier themenspezifischer Fachtage. Mit zeitlichem Abstand zum zweiten Fachtag erfolgt über die Schulaufsicht eine Abfrage zur Umsetzung der Schutzkonzeptentwicklung und zu etwaigen weiteren Aktivitäten der schulinternen Arbeitsgruppe. (Die Ergebnisse der Evaluation werden in den Fortbildungsreihen für die weiteren Schulformen berücksichtigt.)	Schutzkonzepte sollen über die Initiative "Schule gegen sexuelle Gewalt" flächendeckend an Bremer und Bremerhavener Schulen implementiert werden. Schulen, die bei der Schutzkonzeptentwicklung Unterstützungsbedarf haben, werden von der Konzeptgruppe Schule gegen sexuelle Gewalt u. a. mit Hilfe digitaler Schutzkonzeptsprechstunden begleitet.	SKB	-
25	Förderung und Finanzierung eines Kurses zur Aufklärung und sexuellen Selbstbestimmung für Frauen* und Mädchen* mit kognitiver Beeinträchtigung (*meint hier explizit auch nichtbinäre, trans und inter Personen).	Weiterführung der Erprobung unterschiedlicher Formate zur Selbstbehauptung und Aufklärung von Frauen mit Lernschwierigkeiten in Bremen und Bremerhaven. Die niedrigschwellige Zugänglichkeit soll weiterentwickelt werden.	SASJI	
26	Angebot von kostenfreien Selbstbehauptungs- und Selbstverteidigungskursen für Frauen* und Mädchen*, auch	Auch in Zukunft soll es möglich sein, dass Selbstbehauptungs- und Selbstverteidigungskurse nach den erarbeiteten Standards kostenfrei zur Verfügung gestellt werden.	SGFV	-

	unter Berücksichtigung digitaler Sicherheit.			
27	Durchführung einer quartiersbezogenen Aufklärungs-Solidaritätskampagne "Bremen-sagt-nein" zum Schutz vor sexualisierter Gewalt.	In diesem Rahmen findet eine Beteiligung an der Mitfinanzierung der Awareness-Teams im Viertel statt.	Zurzeit SWHT	20.000
28	Täter:innenarbeit: Ist-Analyse der bestehenden Angebote und passgenauer Ausbau sowie Einrichtungen einer Stelle für Case-Management in strafbaren Fällen häuslicher Gewalt einschließlich der Koordination, Verwaltung und Kontrolle der finanziellen Mittel.	Die bestehenden Case-Management Stellen in Bremen und Bremerhaven sollen bestehen bleiben.	SJV	84.670
33	Beratungsangebote und Fortbildungsreihen zu FGM durch Pro Familia sicherstellen.	Das Angebot einer Fachstelle FGM/C zu Veranstaltungen und Fortbildungen zum Thema FGM/C für Fachkräfte soll bestehen bleiben. Auch die präventiven Angebote zur Aufklärungsarbeit hinsichtlich FGM/C sollen bestehen bleiben und nach Möglichkeit ausgebaut werden. Gleiches gilt für das im Rahmen des LAP I aufgebauten Beratungsangebot für Betroffene von FGM/C mit dem Ziel Mädchenschutz und Aufklärung.	SGFV	60.000
39	Entwicklung von Angeboten interdisziplinärer Fortbildungen für Fachkräfte und wo sinnvoll auch Ehrenamtliche unter Einbezug aller zuständigen Senatsressorts und Dienststellen.	Das Angebot soll bestehen bleiben, sodass weiterhin interdisziplinäre Fortbildungen über die Maßnahme organisiert werden. Die Inhalte müssen die Vorgaben der Istanbul-Konvention erfüllen und deren Ziele verfolgen.	SGFV plus beteiligte Ressorts	7.810

52	Schaffung einer zentralen Gewaltschutzambulanz (GSA) im Land Bremen, Entwicklung eines Gesamtkonzeptes für eine ineinandergreifende Akutversorgung von Gewaltopfern und deren Umsetzung. (Anschubfinanzierung).	Betrieb und Weiterentwicklung der Gewaltschutzambulanz für das Land Bremen. Teil des Betriebs der zentralen Gewaltschutzambulanz ist, Schulungs- und Informationsangebote bereitzustellen. Im Rahmen der Fortschreibung, sollen Fortbildung und Sensibilisierung von Fachärzt:innen zu Häuslicher und Sexualisierter Gewalt durch die GSA weiter ausgebaut werden. Dabei liegt ein besonderer Fokus auf den Hausärzt:innen und Gynäkolog:innen.	SGFV	503.000
56	Weiterentwicklung der Konzepte vorhandener „Gästewohnungen“ /Krisenplätze im Hinblick auf Krisensituationen, Opferschutz und Wegweisung von Täter:innen in Einrichtungen für Menschen mit Behinderungen.	Weiterentwicklung der Konzepte und Strukturen im Hinblick auf Krisensituationen, Opferschutz und Wegweisung von Täter:innen in Einrichtungen für Menschen mit Behinderungen	SASJI	-
63	Entwicklung und Umsetzung eines Unterbringungs- und Finanzierungskonzeptes für Betroffene von Zwangsprostitution	Ein Kurzkonzept wurde im Rahmen des LAP I erstellt. Gegenwärtig finden letzte Umsetzungsschritte statt um zeitnah zwei Notunterkünfte für von Zwangsprostitution betroffene in Betrieb zu nehmen. Die Bereitstellung von Schutzwohnungen mit hohen Sicherheitsstandards gestaltet sich aufgrund der sehr hohen finanziellen Bedarfe als schwierig.	SGFV	10.000
65	Umsetzung des Konzeptes und Evaluation der Aufsuchenden Fachberatungsstelle für von häuslicher Gewalt und Gewalt gegen die eigene Person betroffene Kinder und Jugendliche.	Basierend auf der gegenwärtig laufenden Evaluierung der aufsuchenden Fachberatungsstelle soll die Umsetzung der entwickelten Handlungsempfehlungen geprüft werden.	SASJI	-
68	Verbesserung der Kooperation der verschiedenen Hilfesysteme (z.B. Frauenunterstützungssystem,	Die zwei anlässlich des ersten Landesaktionsplanes zur Umsetzung der IK neu gegründeten Arbeitsgemeinschaften „Besonderer Schutzbedarf“ und	ZGF	-

	Suchthilfe, Migrationsberatung, Jugendhilfe, Behindertenhilfe) durch eine AG und gemeinsame Fachtage	„AG Dunkelfeld“ mit einem Schwerpunkt auf Intersektionalität werden fortgeführt.		
71	Das von der Polizei in Bremen und der Ortspolizei in Bremerhaven entwickelte Hochrisikomanagement soll weiter umgesetzt, evaluiert und mit Ressourcen ausgestattet werden. Netzwerkarbeit Gefährdungsmanagement.	Ein Teilziel der Weiterentwicklung soll die Überprüfung des derzeit genutzten Risikoanalysefragebogens sein. Hierfür werden neueste wissenschaftliche Erkenntnisse sowie Erfahrungswerte anderer in Polizeien genutzten Risikoanalysetools herangezogen. Weiterhin wird die mögliche Etablierung der standardisierten Gefährdungsanalyse als weitere Bewertungsebene, aufbauend auf die bereits vorliegende situative Gefährdungsanalyse, diskutiert.	SIS	75.000
72	Weiterführung des Projektes Opferschutz bei der Polizei Bremen und Bremerhaven.	Fortführung und Weiterentwicklung der Angebote zum Opferschutz in Fällen von geschlechtsspezifischer Gewalt. Der Opferschutz wird derzeit bei PSt 13 umstrukturiert, inklusive eines veränderten Standorts, und wird auch in den kommenden zwei Jahren weiterentwickelt. Ziel ist eine optimierte Erreichbarkeit, bessere Vernetzung polizeiinterner und -externer Partner:innen und eine größere Zielgruppe zu erreichen	SIS	

Stellungnahme zum Landesaktionsplan II

Bremer Betroffenenbeirat
Istanbul-Konvention (B*BIK)



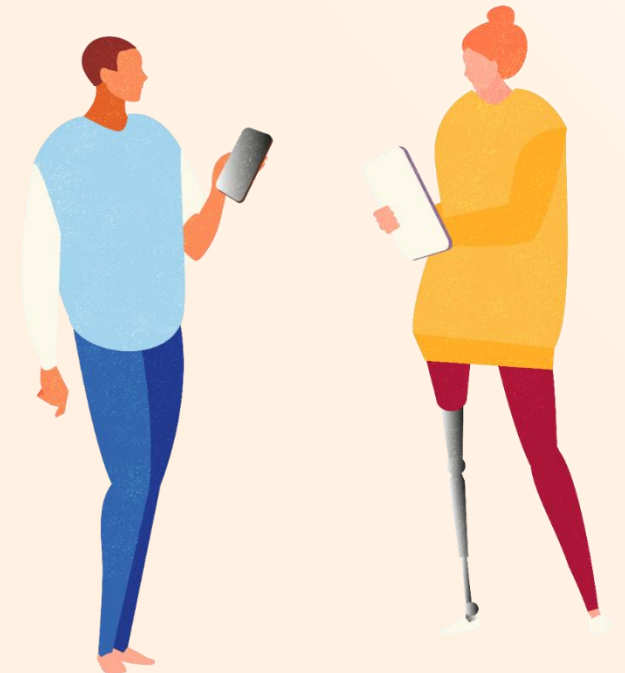
Prävention auch im Erwachsenenalter stärken



- Systematischer Ausbau der Erwachsenenbildung:
 - Emotionale Selbstregulation
 - Konsens Kommunikation
 - Wahrnehmung und Abbau der Gewaltpotentiale
- Ausbau psychosoziale Beratung

Digitale Gewalt ernst nehmen

- Fachstelle für digitale Gewalt
 - Kompetenzen bündelt
 - Schulungen für Polizei, Justiz und andere Beratungsstellen
 - Verbindliche Fortbildungen
- Niedrigschwellige Beratungsstelle
 - Beratung von Betroffenen
 - Beweissicherung



Opferzentrierte Strafverfolgung

- Ausweitung des Bremer Modells auf alle Gewaltformen
 - Regelmäßige Evaluation und Verbesserung
 - Verbindliche Fortbildungen in trauma- und diskriminierungssensiblem Umgang mit Betroffenen für Fachkräfte
- Vorrang des Gewaltschutzes vor Umgangsregelungen
- Entsprechende Maßnahmen im neuen Landesaktionsplan zu Fortbildungen für Rechtsanwender*innen



Wirtschaftliche Gewalt ernst nehmen

- Wirtschaftliche Gewalt muss als eigenständige Gewaltform anerkannt werden!



Mehr Frauenhausplätze



- Mehr Plätze für Frauen mit Kindern
- Mehr Barrierefreiheit
- Verfügbarkeit muss mit dem Bedarf übereinstimmen

Schutzplätze für alle Betroffenen schaffen



- Personen mit besonderem Schutzbedarf brauchen mehr passende Angebote
- Umsetzung der Maßnahme 62 des LAP I
- Rufbereitschaft für:
 - 24-h-Pflegedienst
 - Queer sensible Psycholog:innen
 - Suchtspezialisiertes Personal
- Schaffung von Übergangsangeboten

Bezahlbarer Wohnraum ist Gewaltschutz

- Verpflichtende Kontingente sowohl bei öffentlichen als auch privaten Konzernen
- Unterstützung bei der Wohnungssuche durch spezialisierte Housing First Angebote



Hilfesystem dauerhaft finanzieren

- Nachhaltiger Schutz braucht von Kontinuität und Verlässlichkeit
- Langfristige Angebote statt kurzer Projektphasen



Nachsorge nach Gewalterfahrung verbessern

- Nachsorge-orientierte Angebote, die über psychotherapeutische Versorgung hinaus gehen
 - Traumasensible Berater*innen
 - Begleitete Gruppenangebote



Wir wissen längst, was notwendig ist.
Es fehlt nicht an Erkenntnissen.
Es fehlt nicht an Zahlen.
Es fehlt am politischen Willen, der ausreichenden Finanzierung
und der konsequenten Umsetzung.



Jede fehlende Wohnung, jeder abgelehnte Frauenhausplatz
und
Jede nicht finanzierte Beratungsstelle bedeutet für
Betroffene ganz konkret:
Die Bedrohung der eigenen Existenz.

Die Menschen die Gewalt erleben, können nicht auf
Hilfe warten.
Darum sagen wir heute in aller Deutlichkeit:

Gewaltschutz muss endlich Priorität werden – politisch,
finanziell und gesellschaftlich.

JETZT.

Vielen Dank.

Wir sind auch auf
Instagram:

Kontakt:

Bremer Betroffenenbeirat Istanbul-Konvention

betroffenenbeirat@bremen-sagt-nein.de

www.bremen-sagt-nein.de/betroffenenbeirat/

